



Evangelische  
Akademie  
Hofgeismar

# Keine Demokratie ohne demokratischen Sozialismus? Auch in der politischen Bildung!

**Dr. Sascha Regier**

(Referat Gewerkschaftliche Bildung GEW-NRW)

22.03.2025

## Kapitalismusbedingte Krisen:

- Ausbeutung Menschen: zunehmende soziale Ungleichheit
  - Naturausbeutung/externe Effekte: ökologische Krise
  - Wachstumszwang: Wachstumsgrenze/Wirtschaftskrisen
- Kap. zerstört eigenen ökologischen Bedingungen
- Privatisierung öffentlicher Güter
  - Reichtum führt zu politischer, medialer Einflussnahme
  - etc.



# Was ist Kapitalismus?

„Kapitalismus bezeichnet die Trennung in eine kleine Gruppe **privater Verfügungsberechtigter** [Arbeitgeber\*in/Unternehmer\*in/Aktionär\*innen] über Produktionsmittel (Maschinen, Grund, Boden, Fabriken etc.), bei denen die maßgeblichen **Entscheidungsbefugnisse** liegen, und in die erheblich größere der **Nichteigentümer** [Arbeitnehmer\*in/abhängig Beschäftigte], die **keinen nennenswerten Anteil an den Entscheidungen** über die Produktion haben.“

*(Jürgen Kromphardt 2004)*

→ „Investitionsmonopol des Kapitals“ *(Heinz-Josef Bontrup 2021)*

→ „In kapitalistischen Betrieben herrschen [weiterhin] vordemokratische Verhältnisse.“ *(Hans-Jürgen Urban 2024)*



## Gefühl der Fremdbestimmung im Betrieb:

„Vor dem Hintergrund [...] der grundsätzlich hierarchischen und zwischen Unternehmensführung und Beschäftigten ungleichen Machtverteilung ist das Erleben von Kontrolle und Einfluss am Arbeitsplatz ein wichtiger Prädiktor für politische Einstellungen. In diesem Jahr müssen wir feststellen, dass sich dieses Erleben insbesondere in Ostdeutschland im Vergleich zu 2020 eindeutig negativ entwickelt hat. Nahmen 2020 nur **10 %** der Befragten im Osten wahr, dass sie »**bei Entscheidungen im Arbeitsalltag übergangen**« werden, sind es 2024 **30 %**. [...] Nur noch 28,8 % denken, sie könnten im Betrieb »etwas zum Positiven verändern«, 2020 waren es noch 55 %. [...]

**Es ist damit zu rechnen, dass diese negativer werdenden Erfahrungen in der Form eines »spillovers« auf die politische Ebene übertragen werden.“** (*Leipziger Autoritarismus-Studie 2024*)



## ■ Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf 1960 - 2023\*

| Jahr | insgesamt<br>in 1.000 | <u>Selbständige und mithelfende Familienangehörige</u> |      | <u>Arbeitnehmer*innen</u> |      |
|------|-----------------------|--|------|---------------------------|------|
|      |                       | in 1.000   | in % | in 1.000                  | in % |
| 1960 | 26.194                | 5.907  | 22,6 | 20.287                    | 77,4 |
| 1965 | 26.630                | 5.327  | 20,0 | 21.303                    | 80,0 |
| 1970 | 25.951                | 4.556  | 17,6 | 21.395                    | 82,4 |
| 1975 | 25.961                | 3.697  | 14,2 | 22.264                    | 85,8 |
| 1980 | 26.875                | 3.240  | 12,1 | 23.635                    | 87,9 |
| 1985 | 26.626                | 3.136  | 11,8 | 23.490                    | 88,2 |
| 1990 | 29.334                | 3.158  | 10,8 | 26.176                    | 89,2 |
| 1995 | 36.048                | 3.818  | 10,6 | 32.230                    | 89,4 |
| 2000 | 36.604                | 3.966  | 10,8 | 32.638                    | 89,2 |
| 2005 | 36.566                | 4.501  | 12,3 | 32.065                    | 87,7 |
| 2010 | 38.939                | 4.480  | 11,5 | 34.459                    | 88,5 |
| 2015 | 40.279                | 4.321  | 10,7 | 35.958                    | 89,3 |
| 2016 | 41.339                | 4.299  | 10,4 | 37.040                    | 89,6 |
| 2017 | 41.641                | 4.246  | 10,2 | 37.395                    | 89,8 |
| 2018 | 41.895                | 4.148  | 9,9  | 37.747                    | 90,1 |
| 2019 | 42.379                | 4.076  | 9,6  | 38.303                    | 90,4 |
| 2020 | 41.562                | 3.709  | 8,9  | 37.798                    | 90,9 |
| 2021 | 41.552                | 3.725  | 9,0  | 37.827                    | 91,0 |
| 2022 | 42.527                | 3.770  | 8,9  | 38.758                    | 91,1 |
| 2023 | 43.117                | 3.742  | 8,7  | 39.374                    | 91,3 |

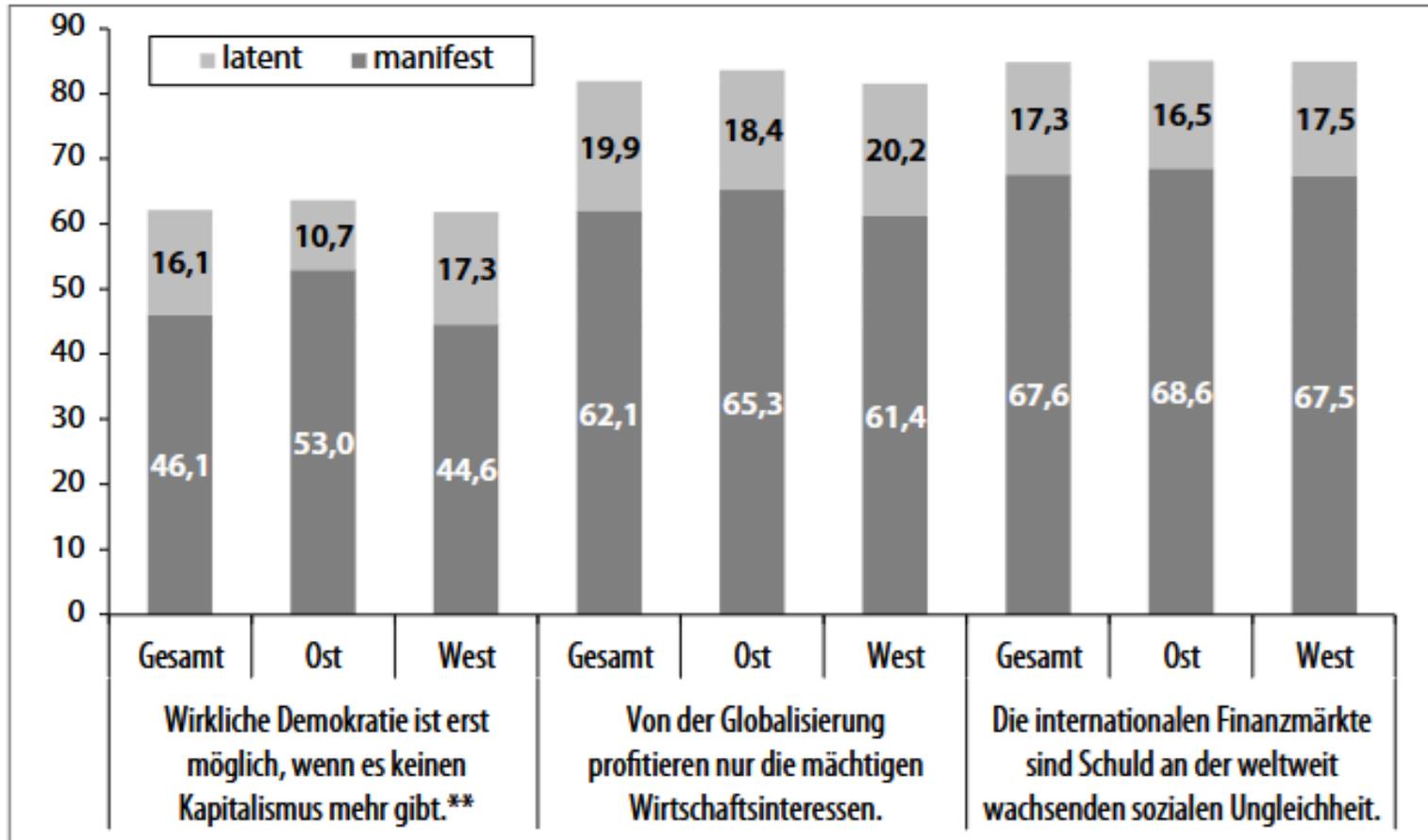
Bis 1990: Westdeutschland, ab 1991: Deutschland

Quelle: Statistisches Bundesamt (2024)

**91,3%** der Erwerbstätigen in Deutschland arbeiten in **abhängiger Beschäftigung**

# Einstellung zum Kapitalismus:

Manifeste und latente Zustimmung zum Antikapitalismus 2024 (in %)

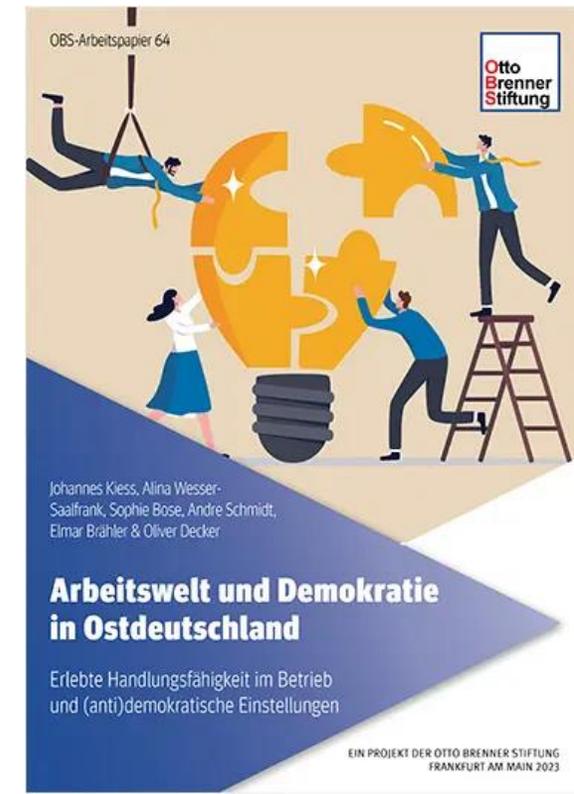


„Knapp die Hälfte der Befragten ist der Ansicht, dass ‚wirkliche Demokratie‘ erst möglich sei, ‚wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt‘, über 60 % denken, dass von der Globalisierung ‚nur die mächtigen Wirtschaftsinteressen‘ profitieren, und zwei Drittel sehen die Schuld für wachsende Ungleichheit bei den Finanzmärkten.“  
(Leipziger-Autoritarismus-Studie 2024)

# Demokratie in der Wirtschaft hilft gegen rechte Ressentiments:

„Wenn Beschäftigte in [der Wirtschaft] [...] statt Ungerechtigkeit und Frustration demokratische Handlungsspielräume wahrnehmen können, stärkt das ihre *demokratischen Einstellungen* und verringert das Risiko, dass in *antipluralistischen Ideologien* und dem *Ressentiment* gegen Andere Kompensation gesucht wird.“

*(Studie Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland 2023)*



## These:

„Eine lebenswerte Zukunft für große Mehrheiten der Weltbevölkerung gibt es nur, wenn die expansive kapitalistische Dynamik überwunden und umgekehrt wird.“

*(Klaus Dörre 2021)*



**aber:**

„Dass es so weitergeht, ist die Katastrophe.“

*(Walter Benjamin 1937)*



## **Problem:**

Es fehlt vielerorts an Ideen, Visionen und Zielen, wie eine humanere Gesellschaft jenseits des Kapitalismus aussehen könnte.

## Wohlfahrtsstaat zu wenig:

- Integration Arbeiter\*innen(bewegung) in kap. Gesellschaft  
→ hält kap. Klassenstruktur, Eigentumsverhältnisse aufrecht
- asymmetrischen Klassenkompromiss (*Arbeitsrecht, Betriebsverfassung, Mitbestimmung*):  
Kapitalseite dominanter
- beruht (weiterhin) auf fordistischem Geschlechterverhältnis
- Finanzierung beruht auf Wirtschaftswachstum
- etc.

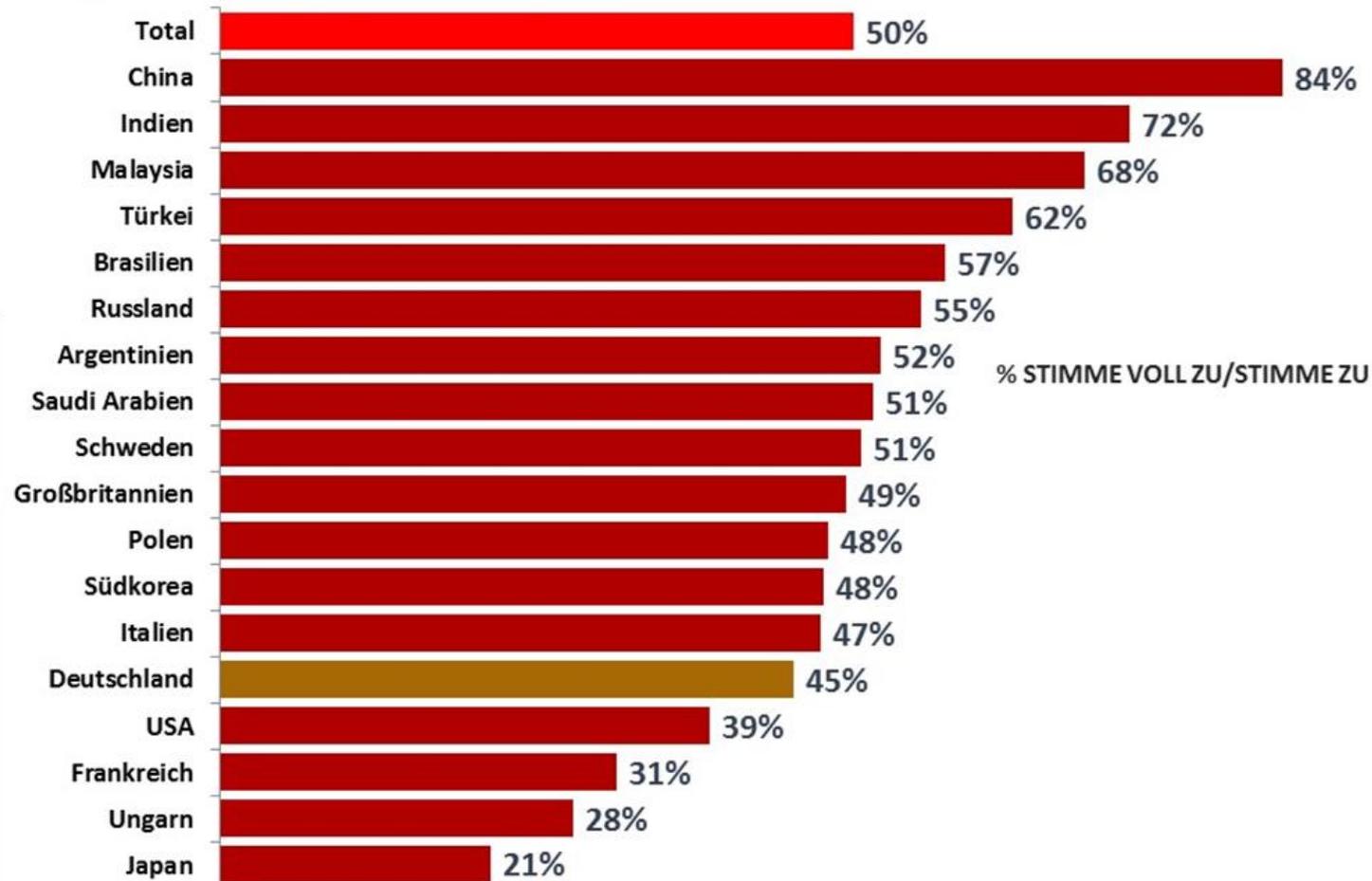
## Formen alternativen Wirtschaftens zu wenig:

- Genossenschaften: weiter in Marktbeziehungen
- anarchistische/syndikalistische Selbstverwaltung: Arbeiter\*innen keine soziale Absicherung
- etc.
- (globale) kap. Arbeitsteilung/Eigentumsverhältnisse bestehen weiter
- etc.



# dann: Sozialismus?

## EINSTELLUNG ZUM SOZIALISMUS HEUTE



„Die Hälfte der Menschen weltweit (50%) stimmt zu, dass heute sozialistische Ideale von großem Wert für den gesellschaftlichen Prozess seien. In Deutschland unterstützen 45 Prozent der Befragten diese Ansicht. [...] In Deutschland hält jeder Zweite (49%) den Sozialismus für ein System der Unterdrückung.“

*(Global-Advisor-Studie 2018)*

# Vorschlag: Demokratischen Sozialismus zum Thema politischen Bildung machen!

→ endloses Wachstum ist auf einem begrenzten Planeten nicht möglich. Spätestens an dieser Stelle kommt der demokratische Sozialismus (wieder) ins Spiel

Debatte nicht nur notwendig, „sondern überfällig. Sie ist überfällig, weil die Linke sonst die ‚Systemfrage‘ den Rechtspopulisten überlässt.“

*(Klaus Dörre 2019)*

## Für eine emanzipatorisch ausgerichtete politische Bildung heißt das:

„Utopien sind entscheidende Kraftquellen jeder Emanzipationsbewegung. Sie entspringen einer massiven Verneinung, meist der Empörung über Zustände, die als unerträglich empfunden werden.“

*(Oskar Negt 2012)*

„Es ist notwendig, einen positiven und offensiven Begriff der sozialistischen Demokratisierung zu entwickeln.“

*(Oskar Negt 2016)*

OSKAR NEGT

NUR NOCH UTOPIEN  
SIND REALISTISCH

POLITISCHE  
INTERVENTIONEN

STEIDL

# Sozialismus und Demokratie = Demokratischer Sozialismus:

„Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie“

*(Rosa Luxemburg)*

- darf nicht auf Staatssozialismus ausgerichtet sein (etatistisch)

→ „Sozialismus von unten“: demokratisch

→ Ein neues Sozialismusprojekt nur in Verbindung mit Analyse  
Fehler sinnvoll, die für das Scheitern des Staats bürokratischen  
Sozialismus verantwortlich waren

OSKAR NEGT

KEINE  
DEMOKRATIE  
OHNE  
SOZIALISMUS

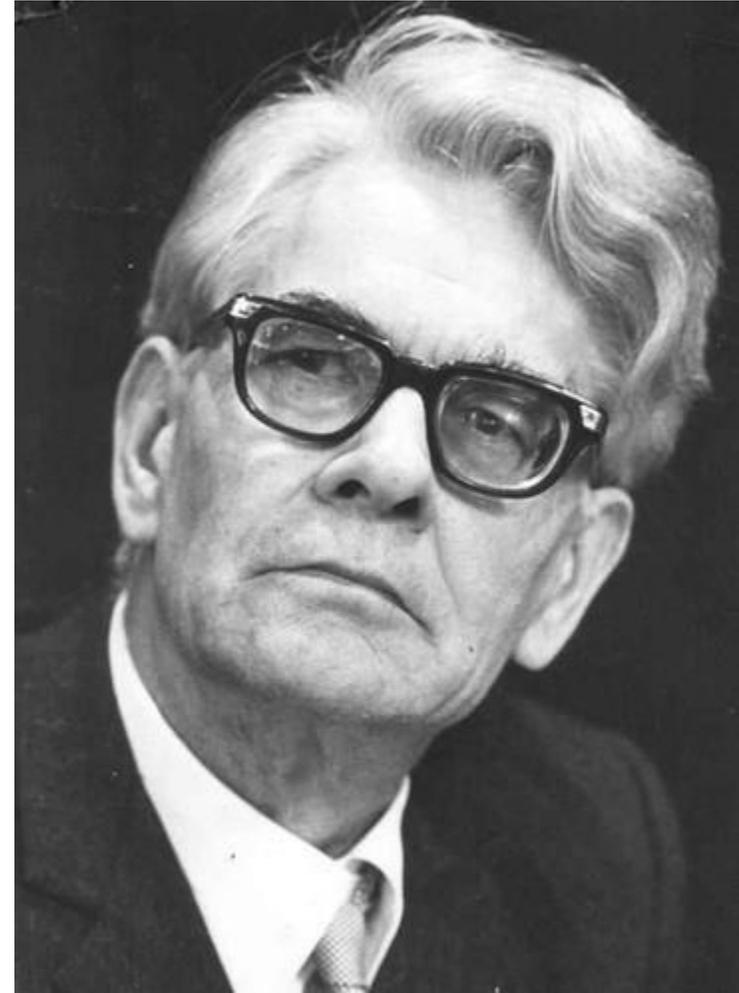
ÜBER DEN ZUSAMMENHANG  
VON POLITIK, GESCHICHTE  
UND MORAL

STEIDL

## Sozialismus als Demokratisierung der Gesellschaft:

„Sozialismus ist nichts anderes als die allseitige Verwirklichung dieses Gedankens der Demokratie, der aus einem System Politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft, zur sozialen Demokratie erweitert wird.“

*(Wolfgang Abendroth)*



# Debatte über Demokratischen Sozialismus:

- Begriff demokratischer Sozialismus seit 1990er Jahren aus öffentlichen u. akademischen Debatte verschwunden
  - in USA Begriff prominent
  - seit einigen Jahren in Dt. wieder da (u.a. *Honneth, Brie, Dörre, Piketty*)
- schwierige Ausgangsbedingung wegen gescheiterten sozialist. Experimenten 20. Jh.
- auch lateinamerik. „Sozialismus 21. Jh.“ nicht Vorbild



# Was ist Demokratischer Sozialismus?

- politische Begriff, seit ca. 150 Jahren Symbol für Programm der Sicherung u. Erweiterung der Freiheitsrechte für alle Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen
- bezeichnet „Streben nach gleichberechtigter Freiheit für alle Menschen in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen durch Solidarität und Organisation.“ (*Thomas Meyer* 1980)
- demokr. Kontrolle über Staat u. Wirtschaft  
(*Erik Olin Wright* 2020)



## Zielt auf:

- Reformismus, nicht Revolution (*Eduard Bernstein vs. Rosa Luxemburg*)
- Staat nicht per se Unterdrückungsorgan
- über Reformen *im* Kapitalismus durch *Parlamentarismus* zum Sozialismus  
(≠ Leninismus, Verstaatlichung, Planwirtschaft)

## aktualisiert:

- nachhaltiges Wirtschaften
- demokratische Mitbestimmung (Wirtschaftsdemokratie)
- partizipative Eigentumsformen
- faire Löhne, bezahlbares Wohnen, vernünftige Pflege, sozialer Zusammenhalt
- Geschlechtergerechtigkeit



## Erweiterung politischen Liberalismus:

Politische Liberalismus beschränkte Idee gleicher Rechte auf Bereich politischer u. bürgerlichen Freiheitsrechte

→ Erweiterung um wirtschaftliche u. soziale Rechte

→ Verwirklichung liberalen Freiheitsversprechens für alle Menschen

→ eigentliche Vollendung der europäischen Aufklärung

„Die repräsentative parlamentarische Demokratie hat sich als eine notwendige, aber unzureichende, teilweise sogar ideengeschichtlich nachweisbar restriktive Form demokratischer Partizipation erwiesen.“ (*Fritz Vilmar* 1973)

## Etablierung liberaler Demokratie im 19. Jahrhundert als Klassenprojekt:

- 19.-20. Jh.: nur (männl.) Besitzenden aktive u. passive Wahlrecht
- „Es ist meine feste Überzeugung, dass das allgemeine Wahlrecht in unserem Land [...] unvereinbar [ist] mit dem Eigentum und folglich unvereinbar mit der Zivilisation.“

(engl. Politiker *Thomas Macaulay* 1842)

→ Begründer formalen Demokratie 18./19. Jh.:

„wie man ein repräsentatives System für die Reichen konstruieren und es zugleich vor den Armen schützen konnte.“ (*Philip Manow* 2021)

→ Der Parlamentarismus ermöglichte „*Repression by Representation*“

(*ibd.*)



**Grundlegendes strukturelles Widerspruchsverhältnis:**

**Kapitalismus vs. Demokratie:**

**Bürgerliche Gesellschaft:**

politische Gleichheit (repräs.-parl. Rechtsstaatl. Demokratie): gleiche Grundrechte, Wahlfreiheit

**vs.**

ökonomische Ungleichheit (Kapitalismus): ungleiche Eigentumsverhältnisse

→ ungleiche Vermögens- u. Einkommensverhältnisse, ungleiche Machtverhältnisse,

Mitbestimmungsmöglichkeiten (*Ellen Wood* 2010)

## **2 zentrale Fragen demokratischen Sozialismus:**

1. Frage nach Eigentumsverhältnissen
2. Frage nach Demokratisierung

# 1. Debatte um Eigentumsverhältnisse grundlegend:

Die Eigentumsordnung stellt ein zentrales gesellschaftliches Verhältnis dar. Sie hierarchisiert soziale Beziehungen, sie schafft Herrschaftsverhältnisse oder löst diese auf.

Privateigentum: *privates* (*privare*= lat. „rauben“) „Eigentum an Produktionsmitteln bedeutet per Definition, dass wesentliche Entscheidungsbereiche, die umfassende Auswirkungen auf das Kollektiv haben, der kollektiven Entscheidungsfindung entzogen sind.“ (*Erik Olin Wright* 2020)

„Das Kernproblem ist, dass die privaten Entscheidungen der Eigentümer kap. Betriebe gewaltige kollektive Folgen haben, sowohl für die Arbeiter innerhalb des Betriebes als auch für die Menschen, die nicht unmittelbar vom Betrieb beschäftigt werden. Werden solche Entscheidungen also der öffentlichen Entscheidungsfindung und Kontrolle entzogen, dann wird dadurch die Demokratie beschnitten.“ (*Wright* 2020)

# Debatte um alternative Eigentumsformen:

Vergesellschaftung: Übertragung Besitztitels vom privaten Träger auf Kollektiv

1. Verstaatlichung/teilweise Verstaatlichung (staatl./kommunales Eigentum)
2. Vergesellschaftung: Genossenschaften, Kollektivbetriebe, neue Rechtsformen
3. Plurale Eigentumsformen

→ Vergesellschaftung geht über „klassische“ Ansätze einer Verstaatlichung hinaus, indem nicht „nur“ ein Eigentumswechsel, sondern auch eine Demokratisierung angestrebt wird. (*Karl Korsch* 1919)



## **2. Debatte um Demokratisierung von Betrieben/Unternehmen:**

Unter Demokratie lässt sich ein Konzept verstehen, das zum Ziel hat, dass alle diejenigen, die von allgemeinverbindlichen Entscheidungen betroffen sind, auch deren Autor\*innen sein sollten. Übertragen auf die Sphäre der Ökonomie und die Ebene der Volkswirtschaft würde das bedeuten, dass das „Investitionsmonopol des Kapitals“ gebrochen und die Frage, was wie und wozu produziert wird, demokratisiert wird.

**Ansätze Demokratischen Sozialismus:**

**„Klassische“ Ansätze Demokratischen Sozialismus:**

# 1. Soziale Demokratie:

## 19. Jh.:

- Begriff 1849 von Lorenz von Stein als Sammelbegriff für Sozialrevolutionäre und sozialreformerischen Bestrebungen geprägt

→ Forderungen allgemeine Stimmrecht, Arbeiterausschüsse

## Anfang 20. Jh.:

- Idee sozialen Rechtsstaats: Arbeitsrecht  $\neq$  Ausbeutung
- Erweiterung pol. Rechte: soziale u. wirtschaftliche Rechte (gesundheitl. Versorgung, Recht auf Arbeit etc.) als einklagbare Rechte
- keine Abschaffung Privateigentums
- Juristen: *Hermann Heller, Max Adler, Otto Kirchheimer*

## Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte



## Soziale Demokratie

Wege und Ziele

75  
Jahre  
Frankfurter  
Hefte

## Soziale Demokratie:

### Ab Mitte 20. Jh.:

- ab 1949 DGB-Programm: paritätische Mitbestimmung, Vergesellschaftung  
Schlüsselindustrien, Wirtschaftsräte kommunal, regional und/oder Bundesebene  
(Initiativrechte gegenüber Parlamenten)
- Gewerkschafter: *Hans Böckler, Otto Brenner, Viktor Agartz*
- SPD: Godesberger-Programm 1959 → Reformismus



## 2. Wirtschaftsdemokratie:

1920er:

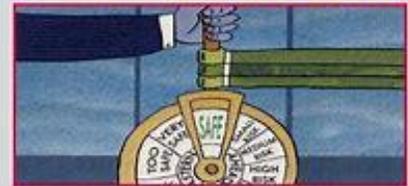
- „Wirtschaftsdemokratie“ 1928 (*Fritz Naphtali, Rudolf Hilferding*)  
paritätische *Mitbestimmung* (Ebenen Betriebe, Unternehmen, Branchen, gesamtwirtsch.)
- neue kollektive Eigentumsformen (Beschäftigte zu Miteigentümern;  
Privateigentum)
- nach 1925 zentrale strategische Forderung Arbeiter\*innenbewegung,  
ADGB
- ≠ Betriebsrätebewegung (*Richard Müller*), KPD

ab 1950er:

- DGB-Position 1949-1963

Hartmut Meine/Michael Schumann/  
Hans-Jürgen Urban (Hrsg.)

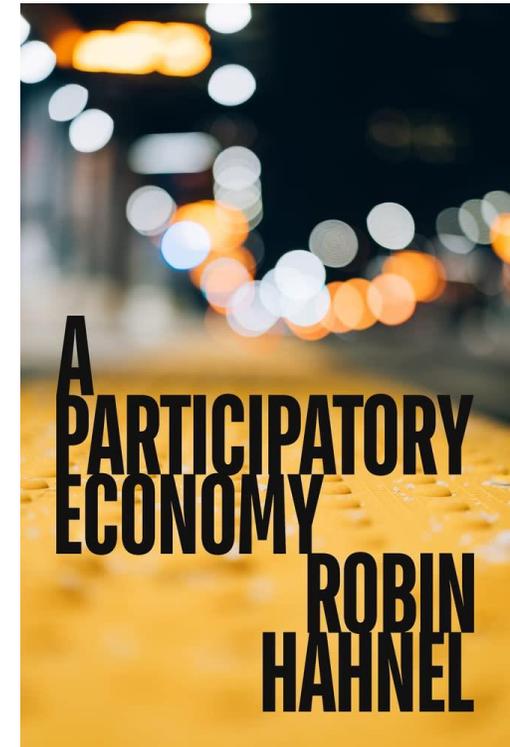
**Mehr Wirtschafts-  
demokratie wagen!**



## „Neuere“ Ansätze Demokratischen Sozialismus:

### 1. Partizipatorische Ökonomie:

- Verzicht auf Märkte, Privateigentum, hierarchische Arbeitsteilung
  - System partizipatorischen Planung: Produzentenräte/Konsumentenräte
  - gesellschaftl. Eigentum, egalitäre Arbeitsteilung
- Vertreter\*innen: *Robin Hahnel, Michael Albert*



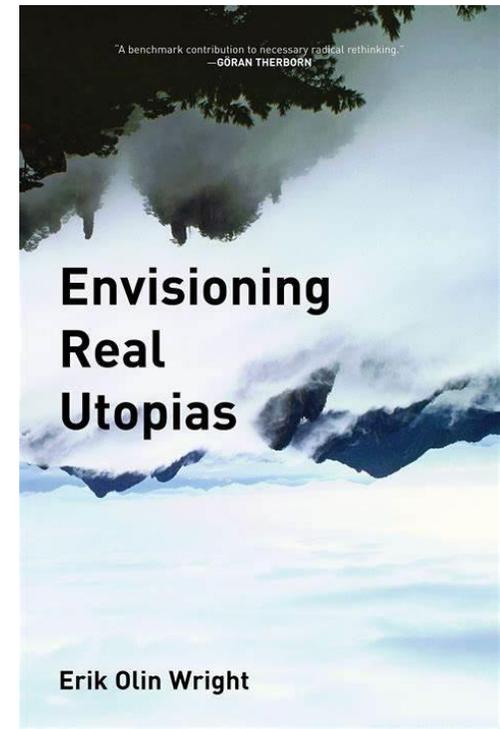
## 2. Realutopischer Sozialismus:

- Transformation des Kapitalismus zum postkapitalist. Ziel, egalitäre u. solidarische Wirtschaft/Gesellschaft
- anstatt Kap. durch Reformen „von oben“ zu verändern sollte Kap. dadurch erodieren, dass innerhalb kap. Wirtschaft emanzipatorische Alternativen aufgebaut werden
- Verteidigung u. Ausweitung dieser Räume

Theoriebezüge: Ideen aus früheren revolutionären und reformistischen

Traditionen mit einigen Intuitionen des zeitgenössischen Anarchismus

- Vertreter: *Erik Olin Wright*



### 3. Neuer Sozialismus:

(„Neo-Sozialismus“/“Ökosozialismus“)

- nachhaltig sozialistische Gesellschaft
- Nachhaltigkeitsziele Verfassungsrang (GG, Landesverfassungen, europäische Grundrechtecharta), mit wirksamen Sanktionsmöglichkeiten
- kollektives Eigentum an u. in großen Unternehmen
- Wirtschaftsdemokratie
- neues Verhältnis Markt u. Plan

Nachhaltigkeits- und Transformationsräte: Entscheidungsorgane,

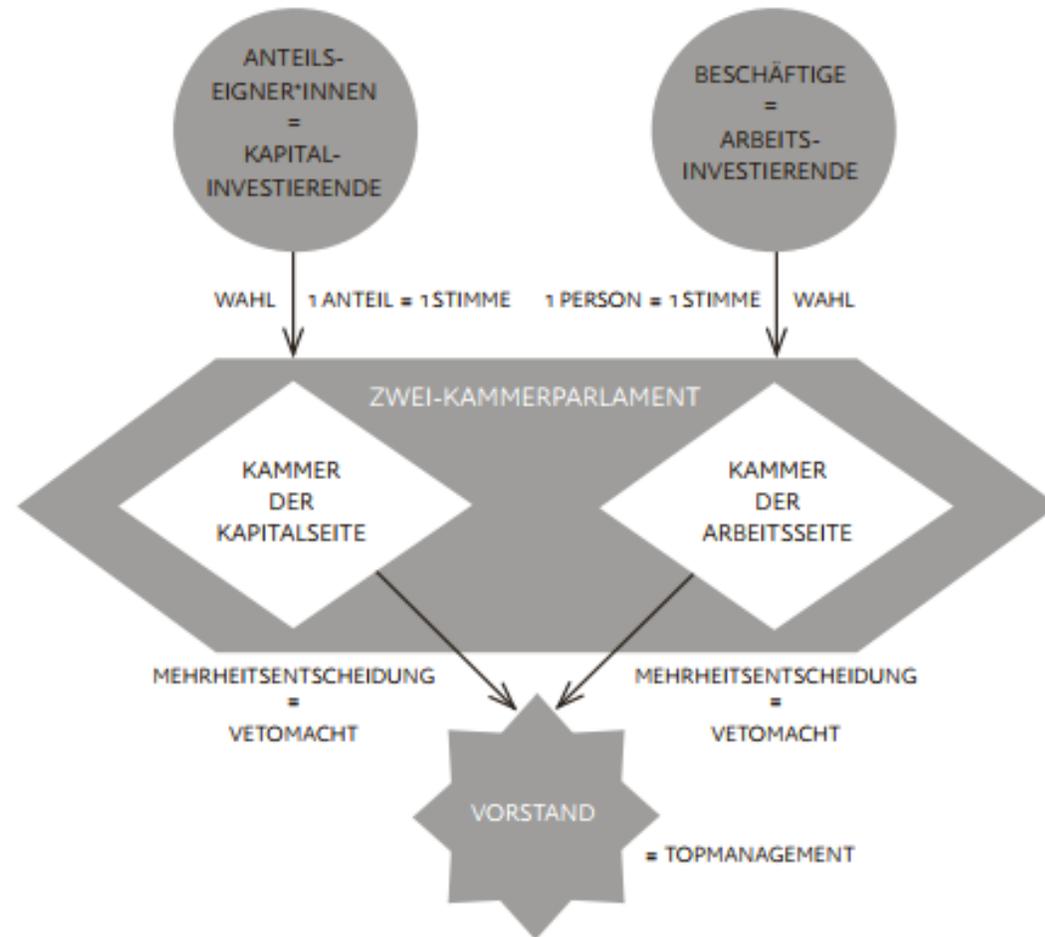
dezentralen demokratischen Planung, überwachen Umsetzung Nachhaltigkeitsziele

→ Erweiterung, nicht Konkurrenz zur parlamentarischen Demokratie

Vertreter: *Fritz Vilmar* (1980er), *Klaus Dörre* (Gegenwart)

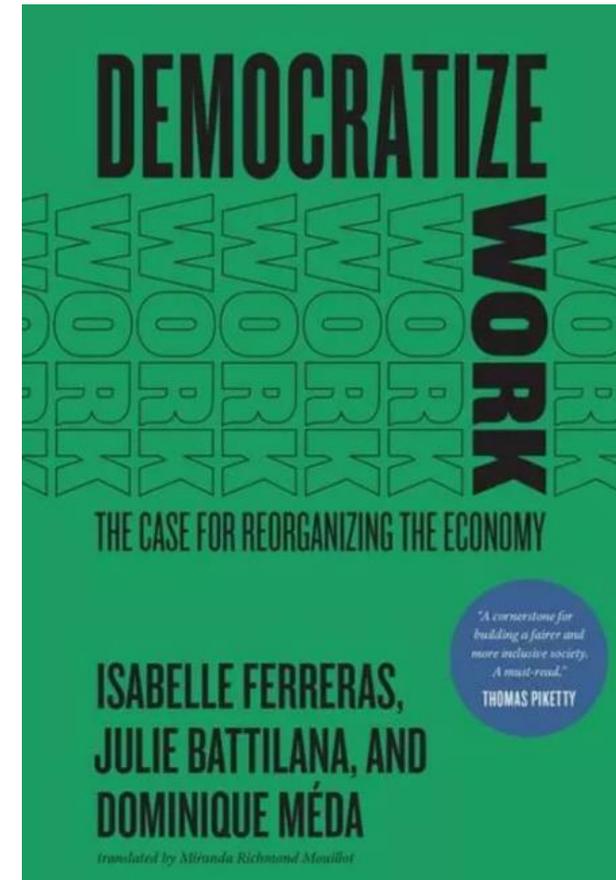


## 4. „Parlament der Firma“:



1 Ferreras' »Parlament der Firma«.

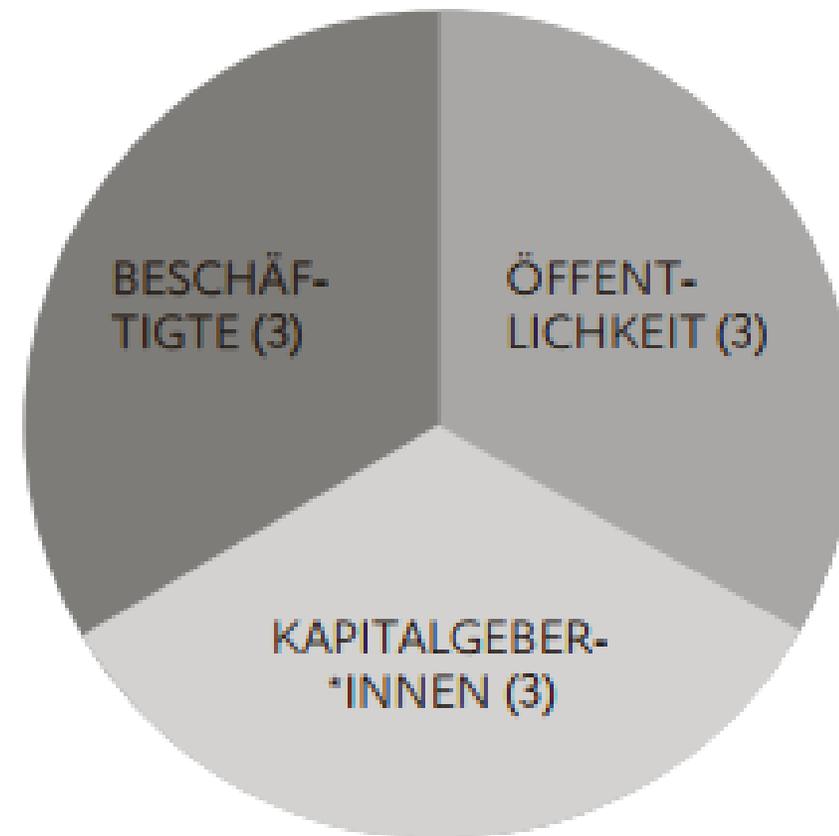
Quelle: in Anlehnung an Ferreras 2017, S. 141. Eigene Übersetzung.



## 5. „Betrieblicher Wirtschaftsrat“:

**3** Bernholts »Betrieblicher Wirtschaftsrat« und dessen drittelparitätische Zusammensetzung.

*Quelle: in Anlehnung an Bernholt 2012, S. 134.*



**Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit!**

